

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
05.02.2018
Ausschussbetreuender Fachbereich
Stadtplanung
Schriftführung
Jennifer Heer
Telefon-Nr.
02202-141346

Niederschrift

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss
Sitzung am Dienstag, 12.12.2017

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:25 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung eines weiteren Schriftführers für die Sitzungen des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses**
0482/2017
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 12.09.2017**
0540/2017
- 5 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 6** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 7** **Regionale 2025 - 2018 wird das Jahr der Ideenfindung**
0570/2017

- 8** **Bericht aus dem Gestaltungsbeirat**
- Erfahrungsbericht aus den letzten 3 Jahren
0541/2017

- 9** **Haushaltsplanberatungen 2018**
0542/2017

- 10** **Denkmalpflegeplan, Teilbereich 2: Bezirke Stadtmitte, Sand und restliche Stadtteile Bensberg**
- Vorstellung und Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung
0543/2017

- 11** **Mitteilung über Eintragungen in die Denkmalliste**
0544/2017

- 12** **Integriertes Handlungskonzept Bensberg / Maßnahme Schloßstraße**
Mitteilung zum
- zum Ergebnis des städtebaulich freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs zur Umgestaltung der Schloßstraße
- Verhandlungsgespräch mit dem 1. Preisträger
0545/2017

- 13** **Kreisverkehrsplatz Schnabelsmühle**
Beschluss zur Auslobung und Durchführung der Wettbewerbsphase 2
0247/2017

- 14** **Bebauungsplan Nr. 1551 - Ehemalige Hermann-Löns-Kaserne - 2. Änderung**
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
0549/2017

- 15** **Bebauungsplan Nr. 3111 - Straße Romaney -**
- Beschluss zur Aufstellung
0560/2017

- 16** **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.11.2017 zum Regionalplan**
0617/2017

- 17** **Anträge der Fraktionen**

- 18** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Waldschmidt, eröffnet die 16. Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode, gibt die anwesenden Ausschussmitglieder bekannt (siehe anliegendes Teilnehmerverzeichnis) und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Bestellung eines weiteren Schriftführers für die Sitzungen des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses 0482/2017

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Frau Jennifer Heer wird zur weiteren Schriftführerin des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses gewählt.

3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Frau Schundau hat um Vervollständigung des Protokolls zu Ö 11 gebeten (siehe Anlage_02 des Protokolls).

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Niederschrift wird unter Berücksichtigung der Eingabe von Frau Schundau genehmigt.

4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 12.09.2017 0540/2017

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

6. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Sprenger teilt mit, dass aus der Politik die Frage an die Verwaltung herangetragen wurde, ob ersichtlich sei, wie viele Wohnungen in Bergisch Gladbach stadtteilbezogen jedes Jahr genehmigt und wie viele Wohnungen abgebrochen würden, damit erkennbar wäre, welche Nachverdichtungen in den einzelnen Stadtteilen stattfänden. Diese Frage sei auch verwaltungsintern im Zusammenhang mit Kita und OGS Plätzen entstanden. Dazu erläutert Frau Sprenger, dass es eine allgemeine Statistik über Zu- und Abgang von Wohnraum von IT NRW gäbe. Diese dürfte bekannt sein, da hierfür die Bauaufsichtsbehörde die Meldebögen von Baugenehmigungen weiterleite. So würde dort der Zu- und Abgang von Wohnraum erfasst, allerdings geschähe dieses auf das ganze Stadtgebiet bezogen. Die Stadtverwaltung wird zukünftig eine eigene Statistik aufstellen und somit stadtteilbezogen ermitteln können, wie viele Wohneinheiten genehmigt und zum Abbruch freigegeben würden. Die Wohneinheiten sollen differenziert werden in Wohnungen allgemein und Wohnungen mit mehr als 2 Räumen, damit erkennbar sei, wo eventuell Familien einziehen. Diese Statistik würde verwaltungsintern an die Fachbereiche 4 und 5 weitergegeben und der Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt. Es sei geplant, diese Statistik dem Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss halbjährlich als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis vorzulegen. Zusätzlich würden die Zahlen im Internet auch den Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Frau Sprenger teilt mit, dass die Marktgalerie sich am Ende des Baugenehmigungsverfahrens befinde, die letzten Bauvorlagen seien absprachegemäß eingegangen. Wenn die Prüfung dieser Unterlagen erfolgt sei und keine Beanstandungen vorlägen, so könne die Baugenehmigung voraussichtlich noch dieses Jahr erteilt werden. Dies sei auch im Sinne des Antragstellers.

7. Regionale 2025 - 2018 wird das Jahr der Ideenfindung *0570/2017*

Herr Flügge berichtet kurz aus der Mitteilungsvorlage und verweist auf den Besuch der Ministerin am 08.12.2017.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. Bericht aus dem Gestaltungsbeirat **- Erfahrungsbericht aus den letzten 3 Jahren** *0541/2017*

Der TOP 8 wird nach hinten geschoben, bis Frau Dipl.-Ing. Stottrop, die zu TOP 8 in Vertretung von Herrn Dipl.-Ing. Fritzen berichten wird, erscheint.

9. Haushaltsplanberatungen 2018 *0542/2017*

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Haushaltsplanberatungen werden in den Haupt- und Finanzausschuss verlagert.

10. **Denkmalpflegeplan, Teilbereich 2: Bezirke Stadtmitte, Sand und restliche Stadtteile Bensberg**
- Vorstellung und Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung
0543/2017

Die Beschlussvorlage wird von Herrn Professor Werling anhand einer Präsentation vorgestellt (Anlage_03 des Protokolls).

Herr Höring ist in der Zwischenzeit eingetroffen und übernimmt nun die Leitung der Ausschusssitzung von Herrn Waldschmidt.

Frau Graner bedankt sich für den Vortrag und die viele Arbeit, die sich Herr Professor Werling, seine Frau und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Denkmalpflegeplan gemacht hätten. Durch den Denkmalpflegeplan würde eine neue Sichtweise auf die Stadt eröffnet. Es tue ihr leid, dass für den Denkmalpflegeplan nicht mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden seien.

Herr Ebert schließt sich Frau Graners Ausführungen an. Es sei sehr angenehm, wie aufmerksam hier mit der historischen Bausubstanz in Bergisch Gladbach umgegangen werde.

Frau Schundau schließt sich den Ausführungen von Frau Graner und Herrn Ebert an. Sie äußert den Wunsch, dass die Anregungen aus dem Denkmalpflegeplan auch verwirklicht würden. Sie bittet die Verwaltung dieses in Angriff zu nehmen.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse des Denkmalpflegeplans vorzustellen, mit ihnen die Inhalte zu diskutieren und Anregungen zu prüfen.

11. **Mitteilung über Eintragungen in die Denkmalliste**
0544/2017

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. **Integriertes Handlungskonzept Bensberg / Maßnahme Schloßstraße**
Mitteilung zum
- zum Ergebnis des städtebaulich freiraumplanerischen
Realisierungswettbewerbs zur Umgestaltung der Schloßstraße
- Verhandlungsgespräch mit dem 1. Preisträger
0545/2017

Herr Honecker erläutert ergänzend die Mitteilungsvorlage.

Herr Dipl.-Ing. Flor vom Büro club L94 LandschaftsArchitekten stellt die, mit dem 1. Platz prämierte, Arbeit seines Büros vor (Anlage_04 des Protokolls).

Herr Ebert ist beeindruckt von dem Entwurf und weist noch einmal kurz auf die städtebaulichen Besonderheiten hin. Er erklärt, dass er erfreut sei, dass das spirituelle Zentrum Bensbergs mit bedacht worden sei. Er hebt noch einmal die positiven Aspekte des Beitrages der club L94 LandschaftsArchitekten hervor und bedankt sich für diesen Entwurf.

Herr Dr. Metten schließt sich der Aussage von Herrn Ebert in allen Punkten an. Sein Dank geht an die Verwaltung und an das Büro club L94 LandschaftsArchitekten. Er weist auf die Parkplatzsituation hin und erinnert daran, dass hier für die Zukunft geplant würde, wobei die Rolle der PKW sicherlich in 10-20 Jahren eine andere sein werde. Dennoch bedürfen die Planungen Zeit und er appelliert an die Händler und ihre Verantwortung, sich den Parkplätzen in der Steinstraße gegenüber nicht zu verschließen. Er verweist außerdem auf die Parkplätze vor dem Rathaus, die mit dem neuen Entwurf besser an die Schloßstraße angebunden würden, und auf die Stellplätze in der zukünftigen Marktgalerie, die den Stellplatznachweis sogar übererfüllen. Ferner bittet er die Presse um Zurückhaltung in der Berichterstattung über den Stellplatzkonflikt und regt an, einen runden Tisch einzurichten.

Herr Bihn hält den Entwurf für eine gute Lösung und bittet darum, die Barrierefreiheit noch stärker zu berücksichtigen.

Frau Graner greift die Worte von Herrn Dr. Metten auf und äußert, dass der Beitrag von club L94 betreffend die Zukunftsproblematiken gute Lösungen bereithalte. Ebenfalls greift sie das Thema Barrierefreiheit auf und verweist auf den Aufzug. Gleichzeitig macht sie der Verwaltung den Vorschlag, die Parkplätze am Rathaus stärker ins Bewusstsein zu rücken, gerade im Hinblick auf die Kostenfreiheit am Wochenende.

Herr de Lamboy wünscht sich, dass ein Parkleitsystem für Bensberg erarbeitet und umgesetzt werden wird. Dies könne gut im Zuge des Umbaus der Schloßstraße geschehen. Außerdem wünscht er sich, dass auf dem Marktplatz dann auch andere Veranstaltungen stattfinden können.

Herr Honecker verweist auf das Maßnahmenbündel des Integrierten Handlungskonzeptes für die Parkplatzsituation in Bensberg.

Herr Schundau schließt sich insgesamt den Ausführungen an und lobt die Leistung des Büros club L94 LandschaftsArchitekten. Er äußert Bedenken hinsichtlich der Interaktion der Fußgänger mit dem Verkehr. Die angedachte Einbahnstraßenregelung stelle aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ohnehin nur eine Zwischenstufe dar, Zielstufe wäre eine durchgehende Fußgängerzone. Die Ausgestaltung solle in Naturstein erfolgen.

Herr Waldschmidt erkundigt sich nach der Materialität des Bodenbelages. Er bevorzuge ebenfalls eine Ausgestaltung mit Natursteinpflaster.

Herr Flor antwortet auf die Fragen nach der Materialität, dass auch er Natursteinmaterialien bevorzuge, verweist allerdings auf die deutlich höheren Kosten von Naturstein. Zudem würden im weiteren Verfahren mehrere detailliertere Varianten inklusive der Kostenansätze vorgestellt, die sowohl Natur- als auch Betonsteine berücksichtigen.

Herr Honecker weist auf den Kostenrahmen des Städtebauförderprogrammes als Vorgabe für die Wettbewerbsbearbeitung hin. Die genaue Planung erfolge erst nach dem Verhandlungsverfahren, diese ließe dann Raum für etwaige Entscheidungen bezüglich der Bodenmaterialien.

Herr Jungbluth fragt, ob die geplanten Bäume auf der Südseite den Schatten genauso auf die Nordseite werfen wie im Entwurf dargestellt sei und ob so ein Sonnenschutz der Passanten gewährleistet werden könne.

Herr Flor erwidert, dass die Darstellung der Schatten im Entwurf eine künstlerische Ausgestaltung sei, es liegen keine Schattenberechnungen zugrunde. Auch hier seien die Details natürlich noch verhandelbar.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**8. Bericht aus dem Gestaltungsbeirat
- Erfahrungsbericht aus den letzten drei Jahren
0541/22017**

Da Frau Dipl.-Ing. Stottrop inzwischen eingetroffen ist, folgt nun TOP 8.

Frau Dipl.-Ing. Stottrop stellt den Erfahrungsbericht des Gestaltungsbeirates anhand einer Präsentation vor.

Herr Höring bedankt sich beim Gestaltungsbeirat für dessen Arbeit.

Frau Sprenger teilt mit, dass eine erneute Bestellung des Beirates im Februar durch den SPLA vonnöten sei, da dann die drei Jahre der ersten Beiratsperiode abgelaufen seien. Hierbei solle zeitgleich die Satzung dahingehend geändert werden, dass der Gestaltungsbeirat für 5 Jahre bestellt werden wird. Gleichzeitig solle eine Öffnung für die Politik erfolgen.

Herr Dr. Metten bedankt sich für den Vortrag und begrüßt sowohl die Fortführung des Gestaltungsbeirates als auch die Öffnung für die Politik.

Herr Waldschmidt sieht eine qualitative Verbesserung der Bauvorhaben. Er fragt ob es durch die Beratungen des Gestaltungsbeirates zu einer Verzögerung der Bauvorhaben gekommen sei oder ob es zu Verärgerungen der Bauherren geführt habe.

Frau Sprenger antwortet, dass dieses nicht der Fall sei, die Anregungen des Gestaltungsbeirates seien fast ohne Ausnahme positiv aufgenommen worden. Dies sei auch der Betreuung der Bauherren durch Frau Corts zu verdanken.

Frau Schundau äußert, dass sie zunächst skeptisch gewesen sei, sie habe ihre Meinung jedoch revidieren müssen. Sie begrüßt die zukünftige Einbindung der Politik.

Frau Graner schließt sich Frau Schundau an. Auch sie sei zunächst skeptisch gewesen, jetzt sei sie jedoch der Meinung, der Gestaltungsbeirat solle weitermachen, er sei eine gute Hilfestellung.

Herr de Lamboy dankt der Arbeit des Gestaltungsbeirates. Er habe neben seinen eigenen guten Erfahrungen nur positive Rückmeldungen bekommen und wünscht dem Gestaltungsbeirat für die kommende Zeit viel Erfolg.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**13. Kreisverkehrsplatz Schnabelsmühle
Beschluss zur Auslobung und Durchführung der Wettbewerbsphase 2
0247/2017**

Herr Schundau beantragt, die Auslobung um 2 Punkte zu ergänzen:

- 1) Die Versiegelung soll so gering wie möglich gehalten werden.
- 2) Anpflanzung heimischer und standortgerechter Gewächse / Blühpflanzen zur Stärkung der Insektenpopulation soll zugelassen werden.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass Verkehrsräume für Insekten gefährlich seien und dass auch der RBN (Bergische Naturschutzverein e.V.) sich gegen eine Anpflanzung von Blühpflanzen in Verkehrsräumen aussprechen würde um das Insektensterben nicht weiter zu fördern.

Herr Schundau sieht hierbei kein Problem, da jeder verfügbarer Raum für Anpflanzungen genutzt werden müsse.

Herr Dr. Metten weist darauf hin, dass das Ansinnen grundsätzlich nachvollziehbar und unterstützenswert sei, jedoch an einer anderen geeigneteren Stelle als in einer Kreisverkehrsmitte, bei der es sich um einen Stadteingang handele. Deshalb solle man es bei der Ursprungsvorlage belassen.

Herr Schundau beantragt, über seinen Ergänzungsantrag abzustimmen.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss fasst folgenden Beschluss (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und mitterechts/LKR Fraktion):

Der Ergänzungsantrag von Herrn Schundau wird abgelehnt.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss (einstimmig bei Enthaltungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN):

- I. Die Informationen zu dem Projekt Kreisverkehrsplatz Schnabelsmühle werden zur Kenntnis genommen und den Zielen und der Vorgehensweise zugestimmt.
- II. Den Inhalten der Auslobung wird zugestimmt und die Verwaltung wird beauftragt, den Wettbewerb – Phase II – durchzuführen.

**14. Bebauungsplan Nr. 1551 - Ehemalige Hermann-Löns-Kaserne - 2. Änderung
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
0549/2017**

Frau Schundau bittet um Erläuterung, warum die Tiefgarage von der Willy-Brandt-Straße zu befahren sei und nicht von der Gustav-Streesemann-Straße. Zusätzlich bittet Sie um Erläuterung warum die Dichtewerte so hoch seien.

Herr Honecker antwortet, dass die Erschließung schon im Vorfeld über die Willy-Brandt-Straße planungsrechtlich festgelegt worden war und zukünftig so erfolgen werden wird. Dies sei vor dem Hintergrund des bestehenden, massiven Geländegefälles von sechs Metern topographisch die beste Lösung. Die Einfahrten für die Tiefgaragen entstünden dort, wo es topographisch am vertretbarsten sei. Der Vorhabenträger erfülle durch die Tiefgaragenstellplätze nicht nur den Stellplatznachweis für die Wohneinheiten, er plane zusätzlich auf eigene Kosten die Errichtung von genügend Besucherstellplätzen in der Gustav-Streesemann-Straße, so dass der Parksuchverkehr in das Wohngebiet nicht mehr hinein fahren müsse.

Bezogen auf die Dichtezahlen antwortet Herr Honecker, dass die neue Baugebietskategorie MU (Urbanes Gebiet) es ermögliche, unterschiedlich mit Festsetzungen umzugehen. Herr Honecker erläutert, dass der südliche Bereich des Plangebietes gewerblich oder von einem Nahversorger mit aufgesetzter Wohnbebauung genutzt werden solle. Dort seien die Dichtewerte dann anders als im nördlichen Teil, wo der Schwerpunkt auf der Wohnbebauung liege. Das vom Gesetzgeber neu geschaffene Urbane Gebiet (MU) ermögliche ausdrücklich eine Mischung ohne Abhängigkeit von der sonst geltenden Quotierung.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

I. Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1551 – Ehem. Hermann-Löns-Kaserne – 2. Änd.

auf der Grundlage des überarbeiteten Vorentwurfes und unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses fortzusetzen.

(einstimmig)

II. Gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) ist der

Bebauungsplan Nr. 1551 – Ehem. Hermann-Löns-Kaserne – 2. Änd.

mit seiner Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

(einstimmig)

**15. Bebauungsplan Nr. 3111 - Straße Romaney -
- Beschluss zur Aufstellung
0560/2017**

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig mit Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL):

Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch (BauGB) ist der Bebauungsplan Nr. 3111 – Straße Romaney – als verbindlicher Bauleitplan im Sinne von § 30 Abs. 3 BauGB (einfacher Bebauungsplan) aufzustellen. Der Bebauungsplan setzt die genauen Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).

Frau Sprenger erläutert den aktuellen Sachstand. Die Verwaltung habe ein Gespräch mit dem Antragssteller der Bauvoranfrage (Bauträger) sowie dem Grundstückseigentümer geführt und man habe sich darauf einigen können, dass der benötigte Raum für die Querungshilfe der Straße in den Planungen berücksichtigt würde. Die Querungshilfe würde dann im Rahmen des Bauvorhabens entstehen, damit die Straße nur einmalig aufgebrochen werden müsse.

Herr Klein erklärt, dass er für den Beschluss gestimmt hätte, hätte er diesen Sachstand vor der Abstimmung gekannt. Er ändert somit seine Enthaltung in eine Zustimmung.

**16. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.11.2017 zum
Regionalplan
0617/2017**

Die Anfrage der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 13.11.2017 zum Regionalplan, wurde schriftlich beantwortet (siehe Einladung zur Sitzung).

Es werden keine Nachfragen gestellt, der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss nimmt die Anfrage und deren Beantwortung zur Kenntnis.

17. Anträge der Fraktionen

Es gibt keine Anträge.

18. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Klein möchte bezogen auf die Statistik der stadtteilbezogenen Wohnungszugänge und Wohnungsabgänge wissen, ob diese Angaben den sozialen Wohnungsbau betreffend gesondert in der Statistik erfasst werden und wenn nicht, ob man dies dazu nehmen könne.

Weiter fragt Herr Klein welcher Natur der Tagesordnungspunkt Ö7 war, eine Entscheidung oder eine Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Höring antwortet auf die Frage nach dem TOP Ö7 das dies eine Mitteilungsvorlage gewesen sei.

Auf die erste Frage antwortet Frau Sprenger, dass eine etwaige Statistik über sozialen Wohnungsbau das Amt für Wohnungswesen erstellen müsse. Des Weiteren gäbe es dort bereits Statistiken die auflisten wie viel sozialer Wohnraum errichtet wird. Diese Angaben lägen bei der Bauaufsicht nicht vor. Die nun geplante Statistik sei eine allgemeine Statistik, die den stadtteilbezogenen Zu- und Abgang von Wohnraum zum Thema habe. Das besondere dieser Statistik sei, dass diese eben die einzelnen Stadtteile erfasse und nicht wie bisher das gesamte Stadtgebiet.

Herr Waldschmidt äußert ergänzend dazu, dass der soziale Wohnungsbau, solange er noch der sozialen Bindung unterliege ohnehin nicht abgerissen werden dürfe. Wenn er einmal aus der Bindung rausgenommen sei, dann dürfe er abgerissen werden aber dann sei es ja auch kein sozialer Wohnraum mehr und würde von so einer Statistik nicht mehr erfasst werden. Daher könne so eine Statistik gar nicht entstehen, weil sozial geförderter Wohnraum, so lange er der Sozialbindung unterliege, nicht abgerissen bzw. vernichtet werden darf.

Herr Höring schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:20 Uhr.

Vorsitzender
Lennart Höring

stellv. Vorsitzender
Klaus W. Waldschmidt

Schriftführerin
Jennifer Heer